

Die Hoffnungen gedämpft

Diskussionsrunde zum Fluglärm: Von der Schwierigkeit, Gesetze zu ändern



Hochemotionales Thema: Offenbachs Volksvertreter in Berlin, Björn Simon (CDU) und Tarek Al-Wazir (Grüne), diskutieren im Bernardbau mit Bürgerinnen und Bürgern zum Fluglärmenschutz in der Region. © Matthias Dahmer

Offenbach – Die Zielvorgabe war ambitioniert: Impulse zur Änderung der Gesetzeslage beim Fluglärmenschutz setzen wollten Bürgerinitiative Luftverkehr (BIL) und Stadt am Montagabend mit einer zweistündigen Veranstaltung im Bernardbau. Die Hoffnungen der rund 100 Besucher und einer unbekannten Anzahl von Livestream-Zuschauern ruhten dabei auf ihren Volksvertretern in Berlin: Björn Simon, verkehrspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, und Tarek Al-Wazir (Grüne), Vorsitzender des Verkehrsausschusses des Bundestages. Um das Ergebnis vorwegzunehmen: Die Hoffnung auf „weniger Fluglärm durch bessere Gesetze“, wie das Motto des Abends lautete, wurde von den beiden Verkehrspolitikern aus unterschiedlichen Gründen eher gedämpft.

Wir haben exakt den gleichen Diskussionsstand wie vor 15 Jahren.

Ingrid Borretty Ehemalige Sozialdezernentin

Die Materie ist fast schon etwas für juristische Feinschmecker. Nationale Regelungen zum Fluglärm finden sich im Luftverkehrsgesetz und im Fluglärmschutzgesetz, beide in den relevanten Punkten seit fast 20 Jahren unverändert und zudem noch von zwei verschiedenen Ministerien (Verkehr und Umwelt) verantwortet. Hinzu kommen internationale sowie europäische Vorschriften.

Aus dieser Gemengelage heraus ordnete Paul-Gerhard Weiß, Offenbachs Flughafendezernent und Vorsitzender der Fluglärmkommission, die deutschen Gesetze ein: Während das Fluglärmschutzgesetz etwa die Grenzwerte für den baulichen, sprich passiven Schallschutz und die Lärmschutzzonen regelt, geht es im Luftverkehrsgesetz zum Beispiel um die Festlegung von Flugrouten und Nachtflugbeschränkungen. Beide Paragrafenwerke sind nach Ansicht von BIL und Stadt dringend novellierungsbedürftig, weil sie entweder gar keine oder unzureichende Grenzwerte enthielten und nicht mehr den neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen entsprächen. „Wir in den Kommunen sind bei dem Thema die Loser“, regte Weiß eine parteiübergreifende Expertenanhörung auf Bundesebene an, um „den dringenden Handlungsbedarf deutlich zu machen“.

Mit dem Versprechen konkreter Schritte taten sich die beiden Volksvertreter auf dem Podium schwer. Der Fluglärm sei nun mal kein großes bundespolitisches Thema, räumte Tarek Al-Wazir ein, seine bisherigen Vorstöße in der Sache seien in den weiteren Gremien „verhungert“. Mehrfach ließ er anklingen, dass die derzeitige Regierungskoalition kein großes Interesse daran habe, beim Fluglärm aktiv zu werden. Möglicherweise konsensfähig ist für Tarek Al-Wazir die Festschreibung von Flottenmodernisierungen nach dem „Stand der Technik“.

Björn Simon gab sich noch zurückhaltender, verwies auf die immer wieder zu schließenden Kompromisse in einer Koalition. Eine klare Absage erteilte der CDU-Mann, der in seiner beruflichen Vita auch eine Beschäftigung bei der Fraport AG stehen hat, einer Anhebung von Luftverkehrs- und Kerosinsteuer im nationalen Alleingang. Dies führe zur Abwanderung von Airlines, was die

Wirtschaft schwäche und zudem noch mehr Zubringerverkehre zu den neuen Standorten der Fluglinien im Ausland produziere. Vehement trat Björn Simon dem Eindruck entgegen, er lasse sich bei seiner Tätigkeit von Lobbygruppen beeinflussen.

Aus den Reihen der Zuhörer appellierte ein lärmgeplagter Mainzer an die beiden Politiker, sich im Bundestag für ihr Anliegen einzusetzen und sich nicht damit „rauszureden“, wie schwer es in der Koalition bei dem Thema sei. „Wir sind verzweifelt, dass sich seit Jahren nichts ändert“, so sein Fazit. Ähnlich sah das Ingrid Borretty, frühere Offenbacher Sozialdezernentin: „Wir haben exakt den gleichen Diskussionsstand wie vor 15 Jahren.“ Sie regte an, sich auf den Vorschlag zu konzentrieren, den „Stand der Technik“ im Gesetz zu verankern. Der engagierten BIL-Vorsitzenden Ingrid Wagner war das zu wenig. Sie drängte Björn Simon und Tarek Al-Wazir mehrfach zur Benennung konkreter Schritte zur Änderung der derzeitigen Situation.

Versöhnlich gab sich Paul-Gerhard Weiß zum Ende der von Stefanie Ruschek souverän moderierten Veranstaltung: Es habe sich in den vergangenen 20 Jahren durchaus etwas beim Schutz vor Fluglärm getan, nur müsse sich das jetzt auch in Gesetzen niederschlagen.

MATTHIAS DAHMER